



DIE POSAUNE

Joe Biden schlägt Erhöhung der Unternehmenssteuer vor

- Andrew Miiller
- [25.03.2024](#)

Ein neuer Bericht des Congressional Budget Office, der vorhersagt, dass die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten in 30 Jahren 166 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen wird, veranlasst die Regierung Biden nicht zu Ausgabenkürzungen.

Am 11. März veröffentlichte Joe Biden einen Haushaltsvorschlag für den Kongress, der eine Erhöhung der Staatsausgaben von 6,9 Billionen Dollar pro Jahr auf 7,3 Billionen Dollar vorsieht. Um diese Ausgabenerhöhung zu finanzieren, schlug Biden vor, die Steuern von 5,1 Billionen Dollar jährlich auf 5,5 Billionen Dollar zu erhöhen.

Diese Steuererhöhung würde durch eine Anhebung des höchsten Unternehmenssteuersatzes von 21 Prozent auf 32 Prozent erreicht werden. Dennoch würde dies zu einem Defizit von 1,8 Billionen Dollar führen.

Amerika zuletzt: Wenn Biden das Defizit von 1,86 Billionen Dollar auf 1,78 Billionen Dollar reduzieren will, sollte er die Staatsausgaben kürzen. Die Anhebung des Körperschaftssteuersatzes auf 32 Prozent wird die amerikanischen Unternehmen mit einer höheren Steuerlast belasten als ihre Konkurrenten in China und der Europäischen Union.

Es ist unwahrscheinlich, dass der Kongress Bidens Steuervorschlag billigt, aber ein solcher Vorschlag zeigt, dass er versucht, die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie zu verringern.

Wie Stephen Moore, ein Berater von Freedom Works, es ausdrückte: „Dies wird zu einer Abwanderung von Kapital aus den USA zu unseren Rivalen führen, so sicher wie Flusswasser flussabwärts fließt.“

Wirtschaftlicher Niedergang: Die rasche Erhöhung der Steuern unter der Regierung Biden erinnert an die Wirtschaftspolitik, die das Römische Reich in den Jahrzehnten vor seinem Fall durch germanische Invasoren im fünften Jahrhundert beherrschte.

Kurz vor dem Zusammenbruch Roms kam es zu einem raschen Anstieg der Steuern. Rom war fett und wohlhabend geworden, und die Menschen suchten nach Freizeit, weniger Arbeit, mehr Spiel, Müßiggang, und da sie sich vor der Arbeit drückten, begannen sie, die Regierung um Hilfe zu bitten. Heute nennen wir das Almosen, Erleichterungen, Renten und staatliche Hilfe. Wenn eine Nation anfängt, sich von der Regierung versorgen zu lassen, befindet sie sich auf einer geschmierten Schiitennfahrt in den Verfall und die Vergessenheit. Das hat zum Fall Roms geführt. Es hat schon lange vorher zum Fall des stolzen Babylon geführt. Und es führt heute zum Fall von Amerika.

– Herbert W. Armstrong, Chefredakteur der *Klar&Wahr*, 1956

Erfahren Sie mehr: Lesen Sie [„Die Party und der Absturz“](#).